

Peter Binns / Mike Haynes



Neue Thesen zu den  
osteuropäischen Klassengesellschaften



Für internationalen Sozialismus und Arbeiterdemokratie

***Internationale Sozialisten***

**Peter Binns/Mike Haynes:**

## **Neue Theorien zu den osteuropäischen Klassengesellschaften.**

**Übersetzung aus 'International Socialism Journal' Nr. 7, Winter 1980**

**Internationale Sozialisten - August 1996**

Während der letzten 20 Jahren hat eine merkwürdige Änderung bei der Debatte über die Beschaffenheit der sogenannten "sozialistischen Welt" stattgefunden. Früher hatten die westlichen Kommunistischen Parteien jeden systematisch verleumdet, der vorzuschlagen wagte, daß diese Gesellschaften nicht rein sozialistisch waren. Heutzutage, insofern sie Eurokommunisten sind, bemühen sie sich, Abstand von ihnen zu nehmen. Dazu brauchen sie eine Erklärung der Fehler der Revolution und die haben sie direkt von ihrem früheren "Bête noire", Leo Trotzki, geholt. Sowohl Carillos elegant verfaßter "Eurokommunismus und der Staat" wie seine weniger gelungenen Nachahmungen beruhen ohne Zweifel auf "Die verratene Revolution" von Trotzki. Zum selben Zeitpunkt, in dem orthodoxe Trotzkiisten und ihre neuen eurokommunistische Freunde vorsichtig versuchen, sich anzunähern, verliert der Trotzkiismus seinen Einfluß unter der übrigen marxistischen Linken. Statt dessen verbreiten sich Erklärungen, die davon ausgehen, daß die osteuropäischen Staaten eine völlig neue Art Klassengesellschaft darstellen. Auch in Osteuropa selbst, wo die Ansätze einer kleinen selbstbewußten marxistischen Tradition der Debatte neuen Antrieb gegeben haben, ist diese "Gesellschaften neuer Art"-Theorie geläufig geworden.

Die Gesichtspunkte der verschiedenen isolierten Dissidenten in Osteuropa sind verblüffend ähnlich. Die meisten lehnen es entschieden ab, daß diese Gesellschaften irgendwie sozialistisch sein sollten. Gleichermaßen lehnen sie es ab, daß sie irgendeine Übergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus sind. Ihre Kritik versucht, eine neue Analyse auf einer neuen Grundlage zu entwickeln.<sup>1</sup> Ihre Schlußfolgerungen ähneln denjenigen der verschiedenen westlichen Marxisten, die ebenfalls eine trotzkistische Analyse verworfen haben. Die Theorie, daß diese Gesellschaften einer völlig neuen Art angehören, die weder dem Kapitalismus noch dem Sozialismus noch einer vorübergehenden Zusammensetzung der beiden entspricht, wurde vor allem durch Carlo und Melotti in Italien, durch die amerikanische Zeitschrift 'Telos', und durch Hillel Ticktin sowie Fantham & Machover in Großbritannien entwickelt.<sup>2</sup>

Daß die Eurokommunisten keine Schwierigkeiten mit ihrer selbst gebastelten Variante der Sowjet-Analyse Trotzki haben, ist angesichts der grundlegenden Schwächen und

---

<sup>1</sup> Die wichtigsten Beispiele dieser neuen Theorie sind folgendes: M. Rakowski: (Deckname). "Marxism and Soviet Societies." 'Capitalism and Class'. Nr. 1, 1977; sowie "Towards an East European Marxism". Alison & Busby. 1978., R. Bahro: "The Alternative in Eastern Europe" New Left Review. Nr. 106, 1977 sowie "The Alternative in Eastern Europe". New Left Books, 1978.

A. Zimin: "O sotsialisme i neostalinisme". 1976-7, sowie "On the Question of the Place in History of the Social Structure of the Soviet Union.", Samizdat Register 1. Merlin, 1977.

<sup>2</sup> H. Ticktin: "Towards a Political Economy of the USSR." 'Critique', Nr. 1. 1973; sowie "The Contradictions of Soviet Society and Professor Bettelheim". 'Critique', Nr. 6, 1976.

J. Fantham & A. Machover: "The Century of the Unexpected." Big Flame, 1979.

A. Carlo: "The Socio-Economic Nature of the Soviet Union", 'Telos', r. 21, 19

U. Melotti: "Marx and the Third World". MacMillan, 1978.

C. Castoriadis: "The Social Regime in Russia." 'Telos', 1978.

Zweideutigkeiten des Begriff vom "degenerierten Arbeiterstaat", die seit langem bekannt sind, nicht so sehr überraschend. Überraschender ist es aber, daß eine Alternative zur Arbeiterstaats-Theorie in "Klassengesellschaften neuer Art"-Theorien, die in den 40er Jahren kurz blühten und dann eingingen, gefunden worden ist. Unseres Erachtens ist die einzige glaubwürdige Analyse die Staatskapitalismustheorie, die von Tony Cliff in "Staatskapitalismus in Rußland" dargelegt wurde.<sup>3</sup> Diese Theorie ist nicht weit genug verbreitet. Das liegt z.T. daran, daß es uns nicht gelungen ist, klarzumachen, daß Staatskapitalismus nicht nur eine Theorie über die Oststaaten, sondern eine allgemeine Theorie über den Weltkapitalismus ist, von dem diese Staaten nur ein Bestandteil sind. Dort wo die Staatskapitalismustheorie einen Beitrag zu einer Klassenanalyse der Oststaaten machte, hat sie den "Besonderheits"-Theorien genutzt, die Teile der Welt absondern und sie »aus sich selbst heraus« zu erklären versuchen. Sei es in der Form "Osteuropäischer Besonderheiten" von Ticktin, Carlo, Rakowski, etc. oder in der allgemeineren Form von "Besonderheiten der 2. Welt" (Bahro, Fantham & Machover) werden die neuen Theorien von einer solchen Methode stark beeinflusst. Es ist höchste Zeit, daß wir uns mit dieser Methode gründlich auseinandersetzen. Das wollen wir jetzt endlich dadurch machen, daß wir im ersten Teil dieses Artikels diese neuen Theorien untersuchen und im 2. Teil die Staatskapitalismustheorie nochmal darlegen.

## Was die "Besonderheits"-Theorien sagen.

Um zu verstehen, wie sich diese Theorien entwickelt haben, müssen wir ihre Kritik der trotzkistischen Arbeiterstaat- und Übergangsgesellschaftstheorien untersuchen. Rakowski schreibt: *»In einer Übergangsgesellschaft sind die Institutionen um gegeneinanderstehende Machtzentren gesammelt und die Verhältnisse zwischen ihnen sind noch nicht durch legitimierte und allgemein anerkannte Mechanismen geregelt, sondern durch einen mehr oder weniger offenen Machtkampf.«* Während eine solche Beschreibung der Lage in der Sowjetunion der 20er Jahre entspricht, reicht sie offensichtlich nicht aus, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erklären, die in der Periode des ersten 5-Jahres-Plans entstanden sind, sich in den letzten 50 Jahren verbreitet haben und heute einen Drittel der Weltbevölkerung umfassen. Wie Bahro es ausgedrückt hat: *»Der real existierende Sozialismus ist auf einer ganz anderen Grundlage entstanden als ursprünglich vorgestellt.«*<sup>4</sup>

Zweitens, die trotzkistischen Analysen haben "Verstaatlichung" und den "Plan" zu einem Fetisch erhoben. Obwohl es ganz klar ist, daß die sowjetische Arbeiterklasse überhaupt keine Kontrolle über den Staat ausübt, obwohl der Staat gegen die Interessen der Arbeiter handelt, wird behauptet, daß Nationalisierung und Planwirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse sein müssen, egal, wer über die Pläne entscheidet und wer das verstaatlichte Eigentum beherrscht.<sup>5</sup> Es ist ebenfalls kein Argument zu behaupten, daß Sozialismus wie Kapitalismus mit unterschiedlichen politischen Formen erscheinen kann. Sobald man das versucht, hört man auf, Sozialismus als Arbeitermacht anzusehen.

Durch ihre Furcht vor "Restaurationstendenzen" ist die orthodoxe Theorie des weiteren nicht mehr in der Lage, die Opposition dieser Länder zu bedienen. Die "Theorie der Übergangsgesellschaft" schwankt ständig zwischen unangebrachter Kritik und oberflächlichen Entschuldigungen. Bahro weiter: *»Trotzkis Annahme, daß irgendwann die herrschenden Funktionäre versuchen würden, die Fabriken für sich privat zu enteignen, ist*

---

<sup>3</sup> Tony Cliff: "Staatskapitalismus in Rußland", 1955, IS-Broschüre

<sup>4</sup> Rakowski, 1978. S. 13. Bahro, 1977. S. 6.

<sup>5</sup> Fantham & Machover. S.7.

her Beweis für den Anachronismus eines Modells mit dem er versuchte, die Stalin-Periode zu verstehen.«

Das hat praktische Folgen für die Reformbewegung:

»... die Tendenzen, die die Marxisten [die Troztkisten] als Restaurationstendenzen bezeichnen, wie Machtdezentralisierung, Einführung sogenannter bürgerlicher Freiheiten und Privatisierung der Wirtschaft, werden in der Sowjetunion von progressiven Kritikern des Stalinismus selbst gefördert.«<sup>6</sup>

Mit der Erkenntnis, daß die "degenerierter Arbeiterstaat"-Theorie nur in eine theoretische sowie praktische Sackgasse führt, entsteht das Interesse an den neuen Theorien."

Weiter können wir aber diesen neuen Theorien nicht folgen, denn sie behaupten (um Rakowski zu zitieren): »Wenn Marxismus in Osteuropa überhaupt noch möglich ist, dann muß er auf einer ganz neuen theoretischen Grundlage stehen«<sup>7</sup>. Dagegen wollen wir beweisen, daß die neuen "Besonderheits"-Theorien nicht nur eine Enthüllung der Beschaffenheit dieser Gesellschaften verhindern, sondern auch Erkenntnisse über westliche Gesellschaften erschweren.

Das Selbstverständnis der neuen Theoretiker ist unterschiedlich. Auf der einen Seite verstehen sich Bahro und Fantham & Machover als Darsteller einer allgemeinen Theorie (mit wichtigen Unterschieden) über nicht-kapitalistische Industrialisierung und somit eines alternativen Wegs für die Entwicklung rückständiger, vorkapitalistischer Wirtschaften. Auf der anderen Seite betrachtet Ticktin z.B. die Sowjetunion als eine besondere Gesellschaftsformation, streitet jedoch ab, daß diese von einer eigenen besonderen Produktionsweise bestimmt ist. Die Unterschiede werden etwas undeutlich, wenn Fantham & Machover z.B. versuchen, sowohl Ticktin wie Carlo in ihre allgemeinere Analyse einzugliedern. Zunächst werden wir uns mit der Frage der neuen Produktionsweise bzw. Gesellschaftsformation befassen.

Dazu schreibt Bahro: »Es ist klar..., daß die Organisation dieser Gesellschaften kein Übergang zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus sein kann, auch wenn sie im ideellen Fall tatsächlich den Kapitalismus umgehen würde. Ihr Platz in der Geschichte ist dadurch bestimmt, daß sie wie der Kapitalismus die Produktionskräfte zur Schwelle der sozialistischen Umstrukturierung entwickelt, aber was die Gesellschaftsform betrifft, auf eine ganz anderen Art und Weise«.

Auch Fantham & Machover wollen eine Gabelung der Produktionsweise nachweisen und meinen, diese Gesellschaften entwickeln sich »parallel mit dem Kapitalismus«. Für Rakowski ist des weiteren Osteuropa durch »eine Klassengesellschaft eigener Art neben dem Kapitalismus« gekennzeichnet. Sie kritisieren alle »die traditionelle Struktur des historischen Materialismus«, die (so Rakowski) keinen Platz für eine Gesellschaftform hat, »die einer Entwicklungsbahn unterschiedlich vom Kapitalismus folgt und die nicht einfach auf einem früheren oder späteren Stadium auf der einen einzigen Bahn steht«.<sup>8</sup>

Diese Auslegung der "traditionellen Struktur des historischen Materialismus ist dieselbe, die in der 2. Internationale entstanden ist und die im Ostblock unter Stalin parodiert wurde. Die Entwicklungsgeschichte wurde als eine lineare Entwicklung auf nationaler Ebene durch eine Reihe Stufen von Feudalismus zu Kommunismus über Sozialismus angesehen. Gesellschaften würden sich gleichläufig entwickeln und unterschieden sich nur darin, wie weit sie von der Endstation Kommunismus noch entfernt wären. Die "Besonderheits"-Theoretiker lehnen dieses Modell nicht prinzipiell ab. Sie versuchen statt dessen, eine

<sup>6</sup> Rakowski, 1978. S. 12 u.13. Bahro, 1977. S.6.

<sup>7</sup> Rakowski, 1978. S. 15.

<sup>8</sup> Bahro, 1977. S. 10. Fantham & Machover. S. 4 u. 11. Rakowski, 1978. S. 15

Reihe Seitenlinien aufzustellen, worüber einige Teile der Welt die selbe Endstation über verschiedene Bahnen erreichen können! Ihr vereinfachtes und grobes Kapitalismusbild hat die selben Eigenschaften wie dasjenige, daß sie durch ihre Kritik der "traditionellen Struktur des historischen Materialismus" zurückweisen wollen. Marxisten wie Luxemburg, Trotzki, Lenin und Bucharin stellten diesem Stufen-Denken ein Modell gegenüber, daß zur Kenntnis nahm, daß der Kapitalismus nur in einer unebenen, jedoch umschließenden Form existieren kann. Das heißt keineswegs, daß neue Produktionsweisen oder qualitativ neue Gesellschaftsformen gleichzeitig existieren können.

Die Probleme ihres Kapitalismusbildes werden noch deutlicher, wenn wir anschauen, wie diese neuen Gesellschaftsformen mit dem Kapitalismus als dynamisches System zusammenleben sollen. Auf der einen Seite sind sie unterschiedlich vom Kapitalismus. Auf der anderen ergibt sich ihre Dynamik durch den Kapitalismus. Bahro schreibt z.B: *»Ihre entscheidende Triebkraft ergibt sich durch den Druck industrieller Produktivkräfte, die der Kapitalismus schuf«*. Nicht alle gehen so weit wie Bahro, aber keiner gibt eine befriedigende Antwort auf diese Schlüsselfrage. Außer dem von Carlo (siehe unten) gibt es keinen Versuch, weder die spezifischen Formen des Drucks des Weltkapitalismus noch seine Wirkungen auf das innere Funktionieren dieser Wirtschaften zu analysieren. Statt dessen finden wir nur Feststellungen über die "innere Natur" ihrer Dynamik.<sup>9</sup>

Die "Besonderheits"-Analysen bringen nicht nur Probleme für eine richtige Einschätzung der osteuropäischen Gesellschaften mit sich, sondern haben auch ungünstige Wirkungen auf Beurteilungen des westlichen Kapitalismus. Dies wird klar werden, wenn wir ihre Methode untersuchen, die sie zur Ablehnung des Kapitalismus-Begriffs für die osteuropäischen Gesellschaften führt.

### **Warum sie meinen, daß die Oststaaten nicht kapitalistisch seien.**

Der Kern des Problems liegt in der Gleichstellung von Kapitalismus mit Warenproduktion. Wenn Warenproduktion innerhalb der sowjetischen Wirtschaft nicht existiere, könne sie nicht kapitalistisch sein. Entscheidend für sie ist, daß *»Produkte, die in der Sowjetunion hergestellt werden, nicht als Waren funktionieren«*, *»die Arbeitskraft keine Ware ist«* und, wie Ticktin es ausdrückt, die Ware nicht *»das Ein und Alles«* des Systems ist.<sup>10</sup>

Mit der Weiterentwicklung der Analyse wird die Gleichstellung von Kapitalismus mit der Ware immer wichtiger. Fantham & Machover versuchen, daß Problem des Verhältnis zur Weltwirtschaft durch eine vielsagende Analogie zu umgehen. Sie schreiben, daß die Sklavengesellschaften in den Südstaaten Amerikas, in Südamerika und in der Karibik bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Gesellschaftsformen waren, in denen die "Sklavenproduktionsweise" herrschte, auch wenn sie im aufsteigenden Weltkapitalismus völlig integriert waren. Nun, nirgendwo spricht Marx von einer "Sklavenproduktionsweise", Im Gegenteil, er schreibt ganz eindeutig in den "Grundrissen", daß wir *»die Plantagenbesitzer Kapitalisten nennen, weil sie eben Kapitalisten sind«*. Die Untersuchungen von mehreren marxistischen Historikern gehen ebenfalls davon aus, daß diese Gesellschaften bestimmte Formen von Kapitalismus darstellten.<sup>11</sup> Die neuen

---

<sup>9</sup> Bahro. 1977. S. 9. Ticktin (1973) erkennt Druck von außen, aber versucht nicht, den in seine Analyse miteinzubeziehen. Vgl. auch Fantham & Machover. S. 9 u. 10.

<sup>10</sup> Fantham & Machover. Ticktin, 1976. S. 32.

<sup>11</sup> Fantham & Machover. S. 9. Marx: "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", S. 513. Pattersson: "Slavery in Human History." 'New Left Review', Nr. 117, 1979. Hier werde sowohl der Begriff "Sklavensproduktionsweise" wie die Behauptung, die Südstaaten wären nicht kapitalistisch, zurückgewiesen und die umfangreichen marxistischen Untersuchungen zu der Frage aufgezeichnet.

Theorien stehen also in Widerspruch zu Marx selbst, sowie zu einer Anzahl von marxistischen Historikern.

Nachdem sie den Kapitalismus als Warenproduktion gekennzeichnet und sie ihn nach dieser Begriffsbestimmung von den osteuropäischen Gesellschaftsformen unterschieden haben, versuchen die "neue Klasse"-Theoretiker, ihre Einschätzung durch eine Reihe von Vergleichen zu bestätigen. Das ist aber kein Marxismus, das ist einfache empirische Soziologie und im Falle Rakowski sogar als solche empfohlen.<sup>12</sup> Wenn Ticktin schreibt, »das Wertgesetz heiße Profit, Wettbewerb und Markt«, wiederholt er (wohl unbewußt) fast haargenau dasselbe, was Hilferding vor etwa 40 Jahren schrieb. Auch Hilferding meinte, die UdSSR sei weder kapitalistisch noch sozialistisch, aber im Gegensatz zu Ticktin war er scharfsinnig genug zu erkennen, daß nach solchen Merkmalen der Westen ebenfalls nicht als kapitalistisch bezeichnet werden könnte.<sup>13</sup>

Es ist deswegen kein Zufall, wenn Bahro, der auch blitzartig echte Einsichten hat, sich gezwungen fühlt, wichtige Teile der marxistischen Kapitalismus-Analyse zu revidieren. In der Tat, man kann sich fragen, welche Rolle der Marxismus überhaupt noch spielt, wenn es hier wirklich um neue Gesellschaftsformen handelt, die weder kapitalistisch noch sozialistisch sind. Marx schrieb schließlich eine Kapitalismuskritik, nicht eine alles umfassende historische Theorie. Wie kann seine Analyse denn auf Gesellschaften angewendet werden, in denen das Wertgesetz nicht mehr funktionieren kann und in denen es nach einigen Auslegungen sogar keine Arbeiterklasse mehr geben soll? Seines wesentlichsten Bestandteils beraubt, bleibt der Marxismus nur als eine historische Theorie mit einer Anzahl bekannter, jedoch nichtssagenden, Kategorien übrig.

## Methodologie

Es ist keine Überraschung, daß diese Theoretiker zu ähnlichen Schlüssen kommen, da sie trotz anderer Unterschiede die gleiche Methodologie benützen, um das Verhältnis der Oststaaten zum Kapitalismus zu untersuchen. Sie beschäftigen sich nicht damit, eine allgemeine Theorie zu entwickeln - sondern mit Bestandteilen, mit Gesellschaftsformen, deren Verhältnis zum Rest der Welt von ihnen von vornherein als unproblematisch betrachtet wird. Der Kapitalismus existiert und scheint keine Schwierigkeit zu bereiten. Ticktin sagt es am deutlichsten: »Wenn die UdSSR entweder kapitalistisch oder ein kapitalistisch-sozialistischer Mischling ist, dann sind alle ihre Gesetze schon bekannt«.

Das wird auch in ihrem Mißverständnis der Staatskapitalismustheorie gegenüber wiedergespiegelt. In seiner Ablehnung der Theorie spricht Ticktin von »vereinfachten Vergleichen«. Bahro sieht »wichtige Analogien«, nichts mehr. Rakowski redet von »gewissen Ähnlichkeiten« und Carlo meint, die UdSSR könne nicht kapitalistisch sein, da es keine Mehrwertskategorie gebe. In jeden Fall heißt das Stichwort "Vergleich". Man geht davon aus, daß der Kapitalismus eine feste und bekannte Kategorie ist, die man nicht in Frage zu stellen hat. Eine bestimmte Anzahl Eigenschaften dieser Kategorie werden einer Anzahl Eigenschaften der Oststaaten gegenübergestellt. So findet man einige Gleichheiten, Ähnlichkeiten, Analogien - aber die Unterschiede sind zu zahlreich. Die Biester können nicht der selben Gattung sein.

Marx eigene Methode war ganz anders. Er interessierte sich nicht dafür, wie die Dinge kategorisiert werden sollen, wenn nicht gleichzeitig die Frage beantwortet würde, wie sie sich bewegen, damit man lernt, wie sie geändert werden können. Etiketten helfen uns nicht,

---

<sup>12</sup> Vgl. die Einführung von Alain Touraine zum Kapitel 4, Rakowski, 1978 "Comparative Studies in History and Society", Band 20, Nr. 2, 1978.

<sup>13</sup> Ticktin. 1973. S. 23. Hilferding: "State Capitalism or Totalitarian State Economy." The Stalin Revolution (R. Daniels, Red. ), 1965.

die Dinge zu verstehen. Wenn die Kategorien uns nicht klarmachen, wie die Dinge sich bewegen, können sie den dialektischen Prozeß nur verdunkeln und nicht erklären.

Die "Besonderheits"-Theoretiker verdunkeln leider die Sache. Die Feststellung, in der SU hergestellte Produkte würden nicht als Waren fungieren, soll endgültig beweisen, daß die UdSSR kein Teil des kapitalistischen Systems ist. Man geht hier offensichtlich davon aus, daß der Kapitalismus durch eine Reihe zeitloser Kategorien - der freien Marktwirtschaft, der Ware, usw. - definiert werden kann und, daß die scheinbare Abwesenheit dieser Kategorien beweisen muß, daß es keine Art Kapitalismus in der UdSSR gäbe. Kapitalistische Produktion könne also als eine Art Warenproduktion gesehen werden, diese ihrerseits ist nicht als eine Art historische Erscheinung, sondern als eine abstrakte Kategorie, die wir der Geschichte auflegen können, um sie irgendwie zeitlich abzuschneiden. Diese Methode - sowie ihre Schlüsse - steht im grellen Gegensatz zu Marx. Marx erwähnt die Ur-, die feudalistische und die kapitalistische Produktionsweise, aber nie eine "Warenproduktionsweise". Wenn aber der Kapitalismus einfach eine Art Warenproduktion wäre, hätte Marx das zweifellos klargemacht.

Das ist wichtig. Marx wußte, daß Waren der herrschenden Produktionsweise immer untergeordnet gewesen sind. Es gibt die der Urgesellschaft entsprechende Warenform, die feudalistische Warenform und die kapitalistische Warenform. In jeder Epoche werden die Form, der Inhalt und der Umfang der Warenproduktion in unterschiedlicher Art und Weise durch die jeweilige Produktionsweise geändert und begrenzt.

Warum denn fängt Marx im Band I des Kapitals bei seiner Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise gerade mit der Ware an? Dafür gibt es zwei Hauptgründe:

Erstens, weil, historisch gesehen, die kapitalistische Warenproduktion aus der einfachen Warenproduktion entstanden ist. Die selbständigen Handwerker der spätfudalistischen Gesellschaft waren die Vorläufer der kapitalistischen Kleinproduzenten, die ihnen folgten, als die Gesellschaft zum Kapitalismus übergang. In der vorkapitalistischen Gesellschaft stellten sie einfache Waren her, die durch einfachen Warentausch reguliert wurden. Die Waren tauschten sich im allgemeinen ihren Werten entsprechend aus, die Werte entsprachen der zu ihrer Produktion notwendigen Menge gesellschaftlicher Arbeitszeit.

So kommen wir zum zweiten Grund, warum Marx mit der Warenproduktion anfangt. Die kapitalistische Warenproduktion ist wie gesagt aus der einfachen Warenproduktion entstanden. Man kann Kapital am besten verstehen lernen, wenn man es als eine besondere Ware, die im Anfang neben anderen gleichwertig austauschbaren Waren existierte, sieht. Obwohl Kapital als eine Ware entsteht, die sich mit allen anderen gleichwertig austauscht, ist sie grundsätzlich und wesentlich anders als die anderen. Sie sind zwar alle Werte, aber nur Kapital - in seinen verschiedenen Formen - ist selbst vermehrender Wert. Diese eigenartige Eigenschaft ist entscheidend, da sie die einfache Warenwirtschaft untergräbt, wo immer das Kapital Fuß faßt.

Im "Kapital" zeigt Marx die logische Entwicklung der einfachen Warenproduktion durch verschiedene Stadien. Im Band I führt er von spezifischer zu verallgemeinerter Warenproduktion hinüber und zeigt dabei, wie Mehrwert zum ersten Mal erscheint, wenn Arbeitskraft selbst eine Ware wird. Dann bringt er das Wertverhältnis zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse in den Mittelpunkt seiner Analyse. Zu diesem Zweck kann er weiter davon ausgehen, daß Waren sich ihren Marktwerten (der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit plus Mehrarbeit) entsprechend austauschen. Diese Hypothese wird aber in Band 3 zurückgewiesen. Hier zeigt er, daß in der kapitalistischen Gesellschaft, in der das Ziel der Produktion die Selbstvermehrung von Werten ist, Kapital dahin fließt, wo die Profite am höchsten sind, bis die verschiedenen Profitraten ausgeglichen werden.

Daß die Gesamtpreise der Summe gleich notwendiger Arbeitszeit plus Mehrarbeit sind, wird nicht in Frage gestellt; nur, daß dies für die einzelnen Waren selbst gilt. Sie tauschen sich nicht mehr als einfache Werte aus, sondern als Werte, die wir als kapitalistische bezeichnen können. Obwohl kapitalistische Werte aus einfachen Werten entstanden sind, sind sie trotzdem in der Tat unvereinbar mit ihnen. Die kapitalistische Wertform hat folglich die einfache Wertform, überall, wo sie sich befindet, aufgehoben. Zu behaupten, wie es die "Besonderheits"-Theoretiker tun, daß die Existenz des Kapitalismus abhängig von der Existenz der Warenproduktion (in ihrer reinen Form) sei, ist also durchaus unvereinbar mit der Analyse von Marx. Die kapitalistische Wertform kann nur bestehen, so lange die einfache Form nicht besteht, und umgekehrt.

Die "Besonderheits"-Theoretiker haben die geschichtliche Zeitfolge, wonach der Kapitalismus entstanden ist, und die logische Reihenfolge, wonach man den Kapitalismus verstehen kann, mit der tatsächlichen Reihenfolge von Ursachen und Folgen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verwechselt. In der Tat ist die Kategorie "Kapital" aus der Kategorie "Ware" entstanden. In der Tat ist Kapital historisch gesehen aus einfachen Waren entstanden. Aber heute wird die Produktion von Profit, von kapitalistischen und nicht von einfachen Werten bestimmt. Ohne daß man diese marxistische Methode beachtet, wird eine Theorie, wodurch man die Welt verstehen und verändern kann, durch ein sinnloses unfruchtbares Etikettieren ersetzt.

### **Wie sie die Dynamik der Oststaaten verstehen.**

Wenn wir das Problem der Dynamik der osteuropäischen Gesellschaften - die Frage ihrer "politischen Ökonomie" - anpacken, erfahren wir, wie die Widersprüche der "Besonderheits"-Theorien sich auswirken. Einige der Theoretiker haben übrigens überhaupt keine politische Ökonomie. Die Osteuropäer Zimin, Rakowski und Bahro z.B. bieten uns eine politisch-philosophische Kritik an, deren Kern Verfremdung zu sein scheint. Bei Bahro erscheint Ausbeutung mit Hinsicht auf diese Länder gar nicht, statt dessen versucht er diese Frage zu umgehen, indem er die sozialen und politischen Formen direkt an die Arbeitsverteilung verknüpft. »Das Problem der Untergebenheit ist der Eckstein meiner alternativen Auffassung,« schreibt er.<sup>14</sup> Wenn ökonomische Fragen überhaupt behandelt werden, dann meistens in der Form von Weltrohstoffkrise usw. Es kann sein, daß sie eine Analyse der Dynamik dieser Gesellschaften entwickeln werden, aber wahrscheinlicher scheint es, daß ihre Modelle selbst das verhindern werden. Castoriadis z.B. argumentiert, daß Bürokratisierung die Grundlage für die früheren ökonomischen Gesetze des Kapitalismus zerstört hat, daß die Ökonomie jetzt von der Gesellschaftsstruktur beherrscht wird. An der Stelle von Marx und der ökonomischen Funktion des Proletariats finden wir Weber und die Psychologie der Bürokratie - eine Schlußfolgerung, die 40 Jahre später Hilferding wiederholt.<sup>15</sup>

Wir brauchen nicht die Notwendigkeit einer politischen Ökonomie für diese Gesellschaften zu befürworten, da Ticktin und Carlo das unseretwegen machen. Aber wie gut ist ihre Alternative? Im Fall Ticktin muß die Antwort "sehr schlecht" sein. Er hat eine "deskriptive politische Ökonomie" herausgearbeitet, die auf der Idee beruht, daß der bestimmende Faktor dieser Gesellschaften "Verschwendung" ist: »Der zentrale ökonomische Faktor der UdSSR heute ist eine ungeheure Verschwendung«. Es ist zweifellos wahr, daß die UdSSR-Wirtschaft sehr verschwenderisch ist. Aber wie kann das der »zentrale ökonomische Faktor« sein? Man muß sich fragen: verschwenderisch bei der

<sup>14</sup> Bahro, 1977. Auch wenn Ausbeutung zugegeben wird, bleibt ihr Umfang unklar, weil die Dynamik der Gesellschaft nicht näher definiert oder als "widersprüchlich" bezeichnet wird.

<sup>15</sup> Castoriadis schreibt: »Bis zu einem gewissen Punkt kann man die moderne Bürokratie durch eine marxistische Terminologie erklären. Letztendlich reicht dies aber nicht aus. p. 40.

Produktion von was, bei der Produktion von Gebrauchswerten oder was? Der Kapitalismus ist auch sehr verschwenderisch - er verschwendet Gebrauchswerte wegen seiner Jagd auf Mehrwerten. Das erklärt, warum er so verschwenderisch in Hinsicht auf Gebrauchswerte ist. Aber wenn man die Verschwendung als Ausgangspunkt nimmt, kann man kaum erwarten, vernünftige Schlüsse zu ziehen. Die Verschwendung stört den Lauf der Mechanismen, die schon in Gang sind, aber sie kann unmöglich irgendwelche Mechanismen in Gang setzen.

Diese Theorien mangeln nicht nur einer Erklärung der Dynamik der osteuropäischen Wirtschaften, sondern auch ihrer geschichtlichen Entwicklung. Bahro hat nichts über die Entwicklung in der UdSSR am Ende der 20er Jahre und in den 30er Jahren zu sagen. Rakowski geht nicht weiter, als die historischen "Um- und Abwege" des osteuropäischen Marxismus zu beschreiben. Zimin stellt den wichtigsten Eigenschaften des Stalinismus die frühere bolschewistische Tradition gegenüber. Ticktin und Fantham & Machover geben nur ein paar Bemerkungen ohne jeden historischen Zusammenhang.

Bis jetzt haben wir wenig über das Werk Carlo geschrieben. Der Grund dafür ist, daß seine "bürokratischer Kollektivismus"-Theorie unvergleichbar weiter entwickelt ist, als die Theorien der anderen. Carlo hat über viele der Züge der sowjetischen Wirtschaft Recht, einschließlich der ganzen Dynamik ihrer Entwicklung. Manchmal scheint es nur eine Frage der Terminologie zu sein: daß das, was er bürokratischen Staatskollektivismus nennt, bei uns bürokratischer Staatskapitalismus heißt. Aber was China betrifft, läßt Carlo seine eigene Analyse außer Acht, was sich wiederum direkt auf seine Einschätzung der Sowjetunion auswirkt.

Fangen wir mit den Gemeinsamkeiten zwischen Carlo und uns an, sei es nur, um zu zeigen, was Carlo von den anderen trennt. Carlo zufolge gehört das Eigentum an den Produktionsmitteln den Bürokraten, die als kollektive Klasse zu betrachten sind. Diese ausbeuterische Klassengesellschaft ist durch die Notwendigkeit immer erweiterter Reproduktion zu erklären, die ihrerseits durch die Notwendigkeit Rückständigkeit zu überwinden und durch die Gegnerschaft der kapitalistischen Länder zu erklären ist. So wird die Sowjetunion gezwungen, den großen Teil der Überschüsse wieder zu investieren.

Das gilt übrigens genauso für Europa und die USA, wo der Konsum von Luxusgütern, obwohl nicht ganz bedeutungslos, nur einen kleineren Teil der Überschüsse verschlingt. Der größte Teil wird immer wieder investiert, um die erweiterte kapitalistischen Produktion zu nähren.

Carlo stellt weiterhin fest, daß die russische Klassengesellschaft aus den Ruinen des 1917-Arbeiterstaates entstanden ist - das ist sowohl räumlich wie zeitlich richtig. Von innen durch den Vormarsch der NÖP-Männer und Bürokraten im Laufe der 20er Jahre, von außen durch den Druck des feindlichen Imperialismus - einem Faktor, der sehr "unterschätzt" worden ist, meint er. Darin liegen die Gründe, daß die Zwangsindustrialisierung eine "Notwendigkeit" wurde.<sup>16</sup>

Carlo ist sich desweiteren im klaren darüber, daß es nicht genügt, dem Kapitalismus eine einfache Begriffsbestimmung zu geben, um ihn zu verstehen, oder ihn mit Warenproduktion gleichzustellen, auch wenn sich der Kapitalismus seit seinem Höhepunkt im 19. Jahrhundert beträchtlich geändert hat. Er versteht, wie der Kapitalismus Mehrwert aus Produktionsgrundlagen ganz unterschiedlich zur Sklaverei in den USA und Leibeigenschaft in Rußland gewonnen hat. Er weiß, daß er mit dem Erscheinen der Monopol-Konkurrenz aggressiver und weniger preisbestimmend geworden ist, was leichter zu Kriegen und Putschen führt. Er versteht überdies, daß Gesellschaften der sowjetischen

---

<sup>16</sup> Carlo. 1974. S 7 u. 51/2.

Art nur dort entstehen können, wo die hiesige Bourgeoisie schwach ist, unfähig den Staatsapparat zu beherrschen, der folglich tendiert, eigenständig zu werden, und dort wo die ausgebeutete Klasse ebenfalls schwach ist, unfähig eine sozialistische Alternative darzustellen, die Macht zu ergreifen, und so der Bürokratie zuzukommen."<sup>17</sup>

Alle Zutaten sind also da, um die Sowjetunion als ein bürokratisches staatskapitalistisches Regime zu verstehen. Gerade das aber streitet Carlo ab. Dafür gibt er vier Gründe, von denen zwei oberflächlich und zwei ernstzunehmend sind. Erstens behauptet er, daß Arbeitskraft unmöglich eine Ware in der UdSSR sein kann, da es dort nur einen Käufer (den Staat) gibt und dort folglich kein echter Arbeitsmarkt bestehen kann. Das (an und für sich) wollen wir nicht bestreiten. Carlo möchte aber damit sagen, daß es Kapitalismus in der UdSSR nicht geben kann, und hier irrt er sich.

Wir brauchen das nicht einmal zu beweisen, das hat Carlo selbst getan, als er im ersten Teil seines "Telos"-Artikels zeigte, daß "Lohnarbeit keine Vorbedingung für Kapital" ist, wobei er sich auf Marx über amerikanische Sklaverei und auf Lenin über russische Leibeigenschaft mit einer großen Anzahl Zitate beruft. An und für sich verhindert die Abwesenheit eines reinen Arbeitsmarktes in der UdSSR keineswegs die Existenz vom Kapitalismus, gerade wie sie nicht verhinderte, daß die Plantagenbesitzer Kapitalisten waren.

Zweitens schreibt Carlo, daß die UdSSR nicht kapitalistisch ist, weil es dort keine Überproduktionskrisen gibt. »*Sie bleiben in der UdSSR aus, weil es dort keine Mehrwertkategorie gibt.*« Sollen wir denn nicht ernsthaft vorschlagen können, daß es keine kapitalistische Landwirtschaft in Westeuropa gibt, weil die permanenten Überschüsse (Butterberge, Weinseen usw.) ebenfalls zu keinen wiederkehrenden Krisen führen? Noch einmal beantwortet Carlo unsere Frage selbst, wenn er erklärt wie, obwohl Überproduktion in der UdSSR keine Bankrotte mit sich bringt, zu erheblichen Verzerrungen zwischen den Kapitalgüter- und Konsumgütersektoren führt. Wenn Maschinen gebaut werden, um Konsumgüter herzustellen, dann müssen sie zur Herstellung dieser Güter benutzt werden, sonst stellen sie nur eine echte Verschwendung dar. Überproduktionskrisen sind also nicht abwesend, sondern wie bei der EWG-Landwirtschaftsproduktion ein Dauerzustand.

Was denn sind die ernstzunehmenden Einwände? Erstens, ob Mehrwerte in der UdSSR produziert werden, oder nicht. Da dies eine sehr wichtige Frage ist, werden wir sie für sich beantworten. (Siehe Anhang.) Mit seinem letzten Einwand kommen wir zu seinen Illusionen über China. Carlo zufolge hatte China, wie er in den frühen 70er Jahren schrieb, noch keine der 1928-Konterrevolution entsprechenden Ereignisse erlebt. Die Unterordnung der Konsumbedürfnisse der Massen unter den Akkumulationsbedürfnissen der Bürokratie hatte folglich noch nicht stattgefunden. Um diese Position aufrechtzuerhalten, muß er seine Analyse der Sowjetunion fahren lassen und sagen, daß 1928 keine Festigung einer Klassenherrschaft war, sondern die Entstehung einer unstabilen Übergangs(klassen)gesellschaft, wo »*immer noch heute überwältigende Kräfte auf die Restauration des Kapitalismus hinzu drängen*«.

Jetzt scheint es plötzlich, als ob die Kräfte der kapitalistischen Einkreisung doch nicht ausreichend waren, um eine kapitalistische Dynamik auf die Sowjetunion zu zwingen. Alles was Carlo darüber geschrieben hat, wie Spätkapitalismus Kriege, Putsche und andere sich außerhalb des Marktes befindende Konkurrenzformen hervorbringt und wie der Druck von außen "unterschätzt" worden ist - das muß alles für ungültig gehalten werden. Auch die wichtigen Änderungen, die im Kapitalismus dieses Jahrhundert stattgefunden haben. Um konsequent zu sein, müßte er eigentlich eher seinen Marxismus fahren lassen, denn

---

<sup>17</sup> Carlo. S.12-3 u, 71 .

China in den 70er und 80er Jahren ist so viel schwächer als die Sowjetunion (die 1928 trotz ihrer Rückständigkeit immerhin die 5. Industriemacht der Welt war), daß die Entstehung einer "bürokratisch-kollektivistischen Klassengesellschaft" (nach seiner SU-Analyse) unvermeidbar sein müsse.

Letztendlich läßt also Carlo seinen Marxismus fahren, um mit dem der Viererbande mitzufahren. Die Beschreibung der UdSSR als nichtkapitalistisch dient als eine Nebelwand, hinter der die opportunistischen Taktiken der chinesischen Führung in sozialistischer Gestalt verkleidet werden können.<sup>18</sup> Er weiß, daß angesichts ihrer offenen ausbeuterischen Natur es nicht mehr glaubwürdig sein kann, die UdSSR als Übergangsgesellschaft oder als Arbeiterstaat zu bezeichnen. Aber gleichermaßen weiß er, daß die Bezeichnung als staatskapitalistisch zur Schlußfolgerung führen muß, daß auch China staatskapitalistisch ist, da eine solche Bezeichnung die Quelle der Dynamik einer Gesellschaft in der kapitalistischen Weltwirtschaft feststellt und China ein noch hilfloseres Opfer dieser Kräfte als die Sowjetunion der 20er Jahre sein muß.

### **Die Politik der "osteuropäische Besonderheiten" Theoretiker.**

Mit der Frage Carlos politischer Standpunkt wird das allgemeine Problem der politischen Schlußfolgerungen der "Besonderheits"-Theoretiker aufgeworfen. In dieser Hinsicht ist die Beweisführung von denjenigen wie Bahro und Fantham & Machover besonders gefährlich. Sie stellen diese Gesellschaften als Modelle für einen nichtkapitalistischen Weg zur Industrialisierung dar und knüpfen daran eine progressive Bedeutung. Im Falle Bahro werden Stalinismus und die historische Rolle der Bürokratie fatalistisch als notwendig hingenommen, und der Begriff der "Permanenten Revolution" wird abgelehnt. Fantham & Machover erkennen mittlerweile die Probleme, die keine solche Rechtfertigung mit sich bringt, aber sie behaupten, daß obwohl Trotzki und die Bolschewiki über die Notwendigkeit der internationalen Revolution Recht gehabt haben dürften, es für die einzelnen Länder doch anders aussah: In dem Maße, daß der Staatskollektivismus diese Gesellschaften ermöglicht, sich der Falle des Weltkapitalismus zu entziehen, in dem Maße, daß er ihr zur Industrialisierung eine Möglichkeit bietet, die Arbeitsproduktivität und damit den Lebensstandard, Kultur, Erziehung, Arznei zu verbessern - in diesem Maße ist er anfänglich echt progressiv, aber im Laufe seiner Entwicklung wird er - wie andere Produktionsweisen auch und wie der Kapitalismus selbst - eine Fessel.<sup>19</sup>

Fantham & Machover ziehen sich also zurück, bevor sie Bahros Schluß ziehen, denn sie beobachten, daß diese "progressiven" Regimes oft eine höchst reaktionäre Politik verfolgen.

Diese Verwirrung darüber, was progressiv oder nicht sein mag, ist gefährlicher als die Analysen von Ticktin, Rakowski usw., weil sie die ganze "Besonderheits"-Frage in die "3. Welt" trägt und sie mit einem Sortiment Bemerkungen über China schmackhaft machen will. Verbunden mit ihr ist die Behauptung, daß diese Regimes nie richtig imperialistisch sein könnten, obwohl nicht klar gemacht wird, wie diese Behauptung aus ihrer Beweisführung fließen soll.

Wir haben hier mit einem Rückfall auf die Stufentheorie der Entwicklung zu tun, einer Theorie mit der sich alle kleineren Imperialismen jeder Zeit zu rechtfertigen lassen: Es gibt Chinas Lob für die NATO, Pinochet, De Gaulle usw.. Castros Unterstützung für den Metzger Mengistu, Breschnews Rückhalt für den Schah und so weiter. Vergleichsweise müßte Kaiser Wilhelm II einen sehr guten Ruf haben: Unterstützung für die revolutionären Kämpfe in Irland und Indien, geschweige denn, einen bestimmten geschlossenen Zug mit

---

<sup>18</sup> Vgl. Tim Potter: "China - Revisionism in Power - Reply." International Socialism 2:3.

<sup>19</sup> Fantham & Machover. S.4.

Endstation in Finnland... Angesichts diesen Tatsachen, wozu brauchen wir eigentlich eine "neue Produktionsweise" oder eine "neue Gesellschaftsform", um diese Gesellschaften zu erklären? Wenn sie wirklich von "einer neuen Art" sind, wieso benahmen sie sich, genau wie jeder kleinere Imperialist seit der Jahrhundertwende?

Was haben diese unpräzisen Begriffe wie Notwendigkeit und progressiv zu sagen, wenn es um die Innenpolitik dieser Länder geht? Außer weitere Mythen über China zu verbreiten, was wollen sie genau? Die Begriffsbestimmungen der neuen Theoretiker haben sie doch nicht so irreführend, daß sie diese Staaten gegenüber "weniger progressiven" Regimes unterstützen und sie meinen offensichtlich nicht, daß sie progressiv im Sinne des progressiven degenerierten Arbeiterstaats sind. Die Etiketten scheinen überhaupt nichts zu bedeuten, wenn nicht mit diesen Begriffen die Entwicklung der Produktivkräfte gemeint ist. Aber eine solche Anwendung ist für uns unbrauchbar, denn dann könnte man genauso gut sagen, daß der BRD-Kapitalismus unter Adenauer progressiv und Mussolinis Italien in den 30er Jahren sehr progressiv waren!

Die falsche Logik dieser Denkweise führt nicht nur in die Verwirrung, sie lenkt auch vom revolutionären Ziel ab. Denn die brennende Frage ist: progressiv in welcher Hinsicht? Mit Hinsicht auf eine internationale Revolution? Aber die "Besonderheits"-Theoretiker geben selbst zu, daß diese Regimes genauso effektiv wie die kapitalistischen Revolutionen verhindern. Wenn Bahro und Fantham & Machover etc. sagen, daß sie (wenn auch nur "anfänglich") progressiv gewesen sind, wenden sie also Maßstäbe an, die aus der Denkweise der Stufen-Theoretiker und anderer "Kopf-im-Sand-Gläubigen" an "Sozialismus in einem Land" stammen. Im Falle Bahro führt diese Denkweise direkt in den Eurokommunismus. Im Gegensatz zu Bahro sind Fantham & Machover zweifellos revolutionäre Sozialisten, aber auch sie stellen die Weichen für die jämmerlichen rechten Verzerrungen des Marxismus, mit denen die kommunistischen Parteien seit Jahrzehnten hausieren gehen.

## **Spätkapitalismus und die Produktion von Werten.**

Die Frage bleibt: Wie sollen wir die osteuropäischen Wirtschaften in Hinblick auf die Produktion von Werten beurteilen? Um die Frage zu beantworten, wollen wir sie zunächst in Hinblick auf den veralteten Kapitalismus im Westen erneut stellen.

Wir haben schon festgestellt, daß im Gegensatz zu vorkapitalistischen Wirtschaften Waren im Kapitalismus sich zu ihrem Marktwert nicht austauschen können. Damit wollen wir jedoch nicht sagen, daß Wert nicht die wichtigste Kategorie ist, die den Kapitalismus von vor- und nachkapitalistischen Gesellschaften unterscheidet. Es mag wahr sein, daß in vorkapitalistischen Gesellschaften Arbeit in einer reineren Form in Waren verkörpert war, und daß die Waren sich zu Preisen austauschten, die genauer ihren tatsächlichen Marktwerten entsprachen. Die Entwicklung dieser Gesellschaften wurde aber nicht vom Wert bestimmt, weder in einer reinen noch in einer verzerrten Form. Im Gegenteil, daß Verhältnis zwischen Herrscher und Sklave, zwischen Herrn und Leibeigenen war bestimmend - und solche Verhältnisse waren nicht von Wert abhängig.

Das wesentliche beim Kapitalismus ist also, daß der Wert die Grundlage seiner Gesetze bleibt. Auch wenn Werte "unreine" Formen annehmen, bestimmen sie in allen Fälle über die Entwicklung des Kapitalismus. Was das zu bedeuten hat, ist folgendes: Wert kann nicht einfach von Austausch abgeleitet werden. Die Profite des einzelnen Kapitalisten sind nicht einfach dem Mehrwert gleich, den er aus seinen Arbeitskräften preßt. Die Gesamtprofite

der Volkswirtschaft (und damit die Durchschnittsprofitrate) sind aber vom Gesamtmehrwert in der Wirtschaft bestimmt. Werte können nur im Verhältnis zur Dynamik des kapitalistischen Systems - zur Akkumulation - beurteilt werden, das heißt, im Verhältnis zu einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals und einer sinkenden Profitrate. Den Zusammenhang zwischen Mehrwert und Profit können wir nur in der Gesamtwirtschaft, d.h. schließlich der Weltwirtschaft, finden.

Das ist die erste Folge des Übergangs von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion. Je älter der Kapitalismus wird, je mehr werden diese Verzerrungen der Marktwerte durch die Zentralisation von Kapital vergrößert. Während der Zunahme der Monopolisierung werden Märkte in immer größerem Maß durch verabredete Entscheidungen seitens der jeweiligen Monopolverwaltung ausgeschnitten und festgelegt. Der größere Spielraum für "die sichtbare Hand" der Verwaltung hat zur Folge, daß Preise in immer größerem Maße eine für die Firma interne Sache auf nationaler sowie internationaler Ebene werden. Z.B. wird die Hälfte des US-Außenhandels zwischen den Tochter- Gesellschaften irgendeines Multis durchgeführt.<sup>20</sup> In diesem Fall entstehen "Werte" aus dem Bedürfnis, Zollschränken zu überspringen, Preise (transfer pricing) zu übertragen, Kapitalüberführungen zu verheimlichen, usw. Nicht nur der Warenmarkt sondern auch der Kapitalmarkt wird auf dieser Weise untergraben.

Der Zusammenbruch des Kapitalmarktes 1929 führte wegen der Menge Kapital, das damals gebraucht wurde, direkt in die Krise der 30er Jahre. Heute ist es ganz anders. Schon in den 50er Jahren wurde weniger als ein Drittel gebraucht und heute ist der Anteil wesentlich kleiner, weil die Zentralbanken und der Staat ein größeres Risiko beim Finanzieren der Schulden tragen.<sup>21</sup> Und wenn man die Berechnungen der herrschenden Monopole genauer durchschauen könnte, würde man sicherlich erkennen, daß die Abhängigkeit vom Kapitalmarkt noch geringer ist.

Im Spätkapitalismus wird also der Zusammenhang von Markt und Ware immer absurder. Das Problem ist nur zu lösen, wenn man bereit ist, es vom Standpunkt der Theorie der kapitalistischen Entwicklung und Krise aus anzupacken. Der Akkumulationszwang und -umfang, die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, daß Sinken der Profitrate; die Ursache der Krise: das ist alles im System unausweichlich mit dem immer wachsenden Verhältnis vom gesamten vorgeschossenen Kapital zum neu produzierten Mehrwert insgesamt verbunden.

## **Zwei weitere Merkmale des Spätkapitalismus**

Die Verbindung zwischen dem Merkantilssystem des Frühkapitalismus, dem Privatkapitalismus des 19. und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus des 20. Jahrhunderts ist das Wirken des Akkumulationsprozesses. »*In der bürgerlichen Gesellschaft ist Arbeit nur ein Mittel, um akkumulierte Arbeit zu vermehren.*« schreibt Marx im Manifest.

Im Kapital betont er, daß der Zweck dieses Prozesses nicht der Konsum des Kapitalisten ist, sondern Akkumulation für sich. Konkurrenz zwingt ihn dazu, indem er von seinen kapitalistischen Gegnern mit Vernichtung als Kapitalist bedroht wird, wenn er nicht akkumuliert. Wenn die Konkurrenz nicht wäre, könnte er frei entscheiden, ob er seine Überschüsse konsumierte, sie akkumulierte, oder sie sogar unter seinen Arbeiter verteilte, die sie geschaffen haben. »*Wegen der Konkurrenz, erlebt jeder Kapitalist die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion wie externe, zwingende Gesetze.*«

---

<sup>20</sup> Vereinte Nationen: "Transnational Corporations in World Development: a reexamination". S. 43.

<sup>21</sup> "Public Sector Enterprise." "The Economist", 30. Dez. 1978.

Die Konkurrenz untergräbt aber die Autonomie des Marktes, in deren Rahmen sie ursprünglich stattgefunden hat. Dann muß sie die Form von Preiskonkurrenz zwischen privaten Kapitalisten auf einem anonymen Markt abwerfen. Das hat zwei Folgen. Erstens, "freundliche Konkurrenz" wird zu militaristischer Konkurrenz und letztendlich zum Krieg. Sie nimmt die Form von physischem Ergreifen von Bodenschätzen, der Ausschließung von Gegnern durch die Errichtung von Zollschranken usw. an. Preiskonkurrenz muß den neuen Formen des Konkurrenzzwanges nachgeben. Ein Ergebnis dieser Überreifung von Kapitalismus wird von Lenin in "Imperialismus: das höchste Stadium des Kapitalismus" gründlich dargelegt.

Die zweite, verbundene Folge ist die Übernahme des Staats der Produzentenrolle. Die Ausschläge dieser Tendenz sind auffallend. Schon in den 60er Jahren war der Staat in Italien für den Großteil aller festen Kapitalbildungen verantwortlich. In Bangladesch hat er 85% des Vermögens aller "modernen Industrieunternehmen" in seinem Besitz. In Algerien war der Staat 1965 Arbeitgeber für 15% aller Beschäftigten in der Industrie, im Bau und im Handel; 1972 für 5%. In der Türkei war er 1964 für 40% der neu produzierten Werte in der Industrie verantwortlich. In Brasilien wurde Mitte der 70er Jahre mehr als 60% aller Investitionen vom Staat durchgeführt. In Großbritannien war der Staat schon vor der Nationalisierung von Rolls Royce und Leyland für 45% der festen Kapitalbildung verantwortlich. Die Zahlen wären noch höher, wenn Staaeigentum, die Beteiligung des Staates an privaten Firmen, und (quasi-public co-operatives?) mitgezählt würden.<sup>22</sup> Auch in jenen Ländern, wo sie anfänglich weniger stark war, ist diese Tendenz trotzdem festzustellen. Im Nicht-Subsistenz-Sektor der tansanischen Wirtschaft hat der Staat zwischen 1966 und 1970 seinen Anteil des Sozialprodukts (GDP?) von 5% bis auf 11% erhöht. In Mexico erhöhte er zwischen 1962 und 1972 seinen Anteil an den Gesamtinvestitionen von 15% bis auf 22% und seit damals ist er immer schneller gestiegen. Sogar in den Industrieriesen - USA, Japan und BRD - ist die Tendenz deutlich.<sup>23</sup>

In den 50er und 60er Jahren entschieden sich fast alle von den emporkommenden "3. Welt"-Ländern für das Eingreifen des Staates, um knappe Mittel in Schlüsselentwicklungsprojekte zu dirigieren, als einzige Möglichkeit, die jahrelange Verwüstung des Imperialismus und der Unterentwicklung zu überwinden. Direktes Staatseigentum war das übliche, vor allem im Nassers Ägypten und anderen "arabisch-sozialistischen" Ländern, sowie in Nkhrumahs Ghana und ähnlichen "afrikanisch-sozialistischen" Ländern, usw.<sup>24</sup>

Die Tendenz war aber nicht auf Afrika und dem Nahen Osten begrenzt. Die ersten 5-Jahres-Pläne Indiens waren den ersten Rußlands in den 30er Jahren außerordentlich ähnlich, während die Nachbarn Burma und Singapur und sogar der Iran (zur Zeit Mossadegs) in ähnlicher Weise ihren Nationalismus mit der Nationalisierung der Industrie gleich stellten. Auch in Lateinamerika, daß während 50 Jahren von den USA als ihren

---

<sup>22</sup> Quellen:

"Ragioneria dello stato." Il Bilancio dello Stato dal 1872 al 1967. Band 4, (allegati statistici. Le spese, Roma, 1969.)

Workshop on "Research Needs on the Management of Public Enterprise in "Asia". International Development Research Centre, Kuala Lumpur. Country Papers, März 1974.

Finanzministerium. Alger. "La situation de l'emploi, de la durée du travail et de salaires en 1972."

R. Medina: "Denacionalizacão: Crime contra o Brasil?" Rio de Janeiro. 1970.

R. Munck: "State and Capital independent Social Formations: the Brazilian Case." 'Capital and Class' 8. Sommer 1979. W. Shepherd (ed.). Public Enterprise. Lexington 1976. S. 214.

<sup>23</sup> W. Shepherd. S.214.

C. Reynolds: "The Mexican Economy". Yale 1970. S. 270 u. 284/5.

F. Fryor: "Property and Industrial Organisation Communist and Capitalist Nations", Indiana 1973. S. 46-47.

<sup>24</sup> C. Issani: "Egypt in Revolution", London 1963. S. 46-75. I. Birmingham at al. A Study of Contemporary Ghana. Band 1 London 1966. S.411-16.

eigener privater Hinterhof betrachtet wurde, war die Tendenz sichtbar: Nicht nur in Brasilien, Venezuela und Bolivien, sondern auch in Mexiko und Peru. In Chile wurde die Kupferproduktion von der rechtskonservativen Regierung Freis verstaatlicht.<sup>25</sup>

Die Tendenz ist deutlich in allen Ländern des industrialisierten Westens der 70er Jahre, insbesondere in jenen Ländern wie Italien, Großbritannien und Österreich, die die schwächste Industriebasis haben. Vor allem in Italien ist sie in den verschiedensten Industriebranchen zu finden. (Die auffällige Ausnahme ist FIAT.) Sie hat in Italien einen Umfang erreicht, bei dem der Staat der wichtigste Agent für die Kapitalbildung in einem größeren Teil als das Privatkapital insgesamt verantwortlich ist. Die Ursache für diese Tendenz ist einfach: Kapitaleinheiten sind so groß und verflochten - was die Produktion wie auch die Finanz betrifft -, daß die "natürliche" Funktion der kapitalistischen Krise, nämlich die schwächsten Kapitaleinheiten bankrott zu machen und dabei die übrigen zu stärken, nicht mehr gestattet werden darf. Wenn diese Funktion zugelassen würde, würden ganze Volkswirtschaften bedroht - und zusammen mit ihnen die Berechtigung der Herrschaft ihr Herrscher.<sup>26</sup>

Die herrschenden westlichen Kapitalistenklassen wenden sich immer häufiger an den Staat, nicht nur um die allgemeinen Produktionsverhältnisse (wie zur Zeit Marx') sicherzustellen, nicht nur um die Monopolmacht bestimmter für die Volkswirtschaft wichtiger Kartells und Trusts (wie zur Zeit Lenins) zu stärken, sondern um in seine Hände die Verantwortung dafür die Kapitalakkumulation selbst zu übergeben.

So gesehen - im Zusammenhang mit der unwiderstehlichen Dynamik eines altersschwachen Weltkapitalismus eher als im Rahmen einer idealisierten kapitalistischen freien Marktwirtschaft - hat die Lage der osteuropäischen Wirtschaften weniger "Besonderheiten" als vermutet. Zu ihnen kehren wir jetzt zurück.

## **Osteuropäischer Staatskapitalismus als Bestandteil des Spätkapitalismus**

Während mehrerer Jahre wurde die revolutionäre Linke - darunter auch Trotzki selbst - von der einen echten Besonderheit der sowjetisch Gesellschaftsform hypnotisiert: sie war aus einer Gesellschaft entstanden, die eine erfolgreiche Arbeiterrevolution erlebt hatte, Trotzki war sich selbstverständlich über die Frage der stalinistischen Reaktion im klaren, aber auch dann, als in den 30er Jahren klar wurde, daß die Bürokratie ihre Herrschaft festigte, wollte er nicht einsehen, daß tatsächlich eine Konterrevolution unter Stalin stattgefunden hatte. Trotzki's Schlußfolgerungen hat zwei Voraussetzungen. Erstens: Staatseigentum der Industrie könnte sich nur aus einer Arbeiterrevolution ergeben; solange es in der Sowjetunion nicht ausgelöscht wurde, wäre der Staat noch nicht völlig degeneriert. Zweitens, solange ihr Staat von einem Eingreifen der Nazis bedroht war, könnten die Arbeiter die bürokratische Schicht noch nicht wegfeigen. Das könnte erst geschehen, wenn die faschistische Gefahr beseitigt worden wäre.

---

<sup>25</sup> N. Harris: "Economic Growth in India and China", International Socialism 1:60.

C. Onslow: (ed.). "Asian Economic Development", London 65. S.10.

R. Freeman: "Socialism and private Enterprise in Equatorial Asia", Stanford 68, S.36-40.

A. Meyer: "Middle Eastern Capitalism", Harvard 59, S. 99-100.

M. Hassan: "Oracimento Económico y Problemas de Empleo en Venezuela", Caracas 73, S. 133-68.

Junta Nacional de Planimiento. Plan Nacional de Desarrollo Económico y Social, 1962-1971, Resumen. La paz 62.

R. Munck: "Capital and Class", 8, Sommer 79. S. 44-8.

R. Thorp. G. Bertram: "Peru 1890 - 1977". London 78. S. 303.

J. Ross: "The Economic Structure of Mexico", Stanford 71. S. 43-59.

J. Behrman: "Chile", New York 76, S. 108-9.

<sup>26</sup> Der Staat ist "der wichtigste Agent" nicht nur wegen der Kapitalgröße sondern auch weil er das Akkumulationsmuster, Ausbeutungs- und Profitrate usw. für die ganze Wirtschaft bestimmt.

Trotzki war leider kein Ökonom. In Gegensatz zu Lenin, Bucharin und Luxemburg verstand er, erkannte er nicht einmal die Entwicklung in den westlichen Wirtschaften, die zur Verstaatlichung des Kapitals im großen Maß führte. Hätte Stalin ihn nicht ermorden lassen, müßte Trotzki aber sehen, daß die Voraussetzungen für seine Schlußfolgerung hinfällig wurden. Die Bürokratie ging stärker denn je aus dem Krieg hervor. Die Arbeiter fetten sie also nicht zur Seite. Noch bedeutungsvoller war das Hervortreten von neuen Regimen in Osteuropa, - Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Ostdeutschland, Bulgarien - die nicht durch Arbeiterrevolutionen sondern durch die Rote Armee selbst und in einigen Fällen (Ungarn) mit der Hilfe faschistischer Kollaborateure aus den alten Regimen errichtet wurden. Diese Gesellschaften eigneten sich rasch eine Struktur an, die mit der sowjetischen identisch war, auch wenn dort keine Arbeiterrevolution stattgefunden hatte.

Es wurde bald klar, daß die Besonderheit der UdSSR nicht in der Struktur oder in der Dynamik ihrer Gesellschaft, sondern in der besonderen Entwicklung bzw. Degeneration nach einer erfolgreichen Arbeiterrevolution lag. Heute ist es einfacher zu erkennen, daß die allgemeine übliche Entwicklung sich aus einer Gesellschaftslage entfaltet, in der die Bourgeoisie schwach und kompromittiert und weiterhin wahrscheinlich nicht mehr in der Lage ist, mit überwältigenden Bauernaufständen fertig zu werden, und wo das Kleinbürgertum wegen des Ausbleibens der nationalen Entwicklung zur Verzweiflung gebracht worden und in einer stalinistischen oder nationalistischen Partei organisiert fähig und bereit ist, das Nationalkapital kollektiv zu übernehmen.

In der russischen Revolution setzte dagegen die Machtübernahme einer neuen Klasse - des Proletariates - eine völlig neue Staatsform voraus. Der alte Staat wurde zerstört und ein neuer geschaffen. Die Grundlage des neuen Staats war der Arbeiterrat mit widerruflichen Delegierten, der die Arbeitermacht in den Fabriken und in den Kasernen unmittelbar verkörperte. Die Voraussetzung für das Funktionieren des neuen Staats war folglich die Existenz von Fabriken und von Arbeitern. Die Tragödie liegt darin, daß diese Grundlage des neuen Staats selbst durch das Ausbleiben der internationalen Revolution zerstört wurde. Folglich befand sich der Arbeiterstaat von 16 imperialistischen Nationen eingekreist und angegriffen. Die Avantgarde der Arbeiterklasse verließ die Fabriken und kämpfte in der Roten Armee. Wegen der Blockade mußten die Fabriken stillgelegt werden. Die Produktion ging auf  $\frac{1}{5}$  des 1913-Niveaus zurück und die übriggebliebenen Arbeiter wurden durch die Hungersnot zurück aufs Land getrieben.

Ohne Arbeiter und ohne Produktion hatte der neue Staat seine soziale Basis verloren. Für einige Zeit vertraten die Bolschewiki die Arbeiterklasse mit der Perspektive, dadurch die internationale Revolution zu unterstützen. Ab 1924 wurde aber das alles von Stalin geändert. Auf der einen Seite wurde der Untergang der Revolution gesichert, als er den Aufbau von Sozialismus in einem Land ausrief. Auf der anderen Seite wurde die proletarische Basis der Partei durch den Zustrom von ex-zaristischen Offizieren, Fabrikmanagern, usw. zerstört. Die Partei, deren Zusammensetzung 1923 zu 70% proletarisch gewesen ist, war 1927 nur noch zu 30% proletarisch - und dazu völlig bürokratisiert.

Auf diese Weise wurde der Staat von seiner ursprünglichen sozialen Basis getrennt. Völlig bürokratisiert nahm er dann die Aufgabe auf sich, im ersten 5-Jahres-Plan 1928-33 Kapital äußerst rasch anzuhäufen. Diese Aufgabe wurde vom wachsenden Druck des Weltimperialismus bedingt. Wie Stalin es 1931 äußerte:

*"Nein, Genossen. Das Tempo darf nicht gemäßigt werden! Im Gegenteil muß das Tempo im Rahmen unserer Kräfte und Möglichkeiten so weit wie möglich beschleunigt werden. Das Tempo nachzulassen, bedeutet zurückzufallen, und diejenigen, die zurückfallen, sind*

*erledigt... Wir liegen 50 bis 100 Jahre hinter den entwickelten Ländern. Wir müssen diesen Rückstand in 10 Jahren aufholen. Wenn wir das nicht schaffen, werden sie uns vernichten.*<sup>27</sup>

Zwangsakkumulation, um »aufzuholen und zu konkurrieren«, wurde zum Allerwesentlichsten dieser Entwicklung. Unter der Vorgabe der Kapitalakkumulation handelnd ging die Bürokratie als kollektiver Kapitalist hervor. Im Gleichschritt mit dem Hervorgehen der Bürokratie als Kapitalistenklasse nahm die Wirtschaft die selben Formen an, wie sie die Riesenkonzerne im Westen annahmen, gegen welche die Sowjetunion konkurrieren mußte. Ab den 30ern bis in die 50er Jahre wurde die Akkumulation von strategischer und militärischer Konkurrenz in einem Maß bedingt, was frühere Untersuchungen anscheinend unterschätzt haben. Zur Folge hatte sie die äußerste Unterordnung des Konsums unter die Produktionsbedürfnisse, die je vorgekommen ist. Der Akkumulationszwang erzwang nicht nur die politische Enteignung der Arbeiterklasse sondern auch eine unerhörte Steigerung der Ausbeutungsrate.<sup>28</sup>

Unsere These ist also, daß in einer Epoche von veralteten, militarisierten und verstaatlichten Kapitalien der sowjetische Teil des Weltsystems sich als eine der radikaleren Formen einordnen läßt. Eine Ausnahme ist er jedenfalls nicht. Seine Besonderheit besteht nicht in der Gesellschaftsstruktur (die sich im Grad eher als in der Art unterscheidet) sondern in der Tragödie des Hervorgehens aus den Ruinen der 1917-Revolution.

## **Krisen und Staatskapitalismus**

Die Rückkehr der sich wiederholenden Krisen im kapitalistischen Weltsystem in den 70er Jahren gilt genauso für die osteuropäischen staatskapitalistischen Wirtschaften. Die Beweise dafür sind unwiderlegbar. Sie sind im folgenden zu finden: 1) sinkenden Wachstumsraten, 2) fallenden Profitraten, 3) deutlichen Zyklustendenzen, 4) der wachsenden Technologielücke, 5) riesigen Zahlungsdefiziten, die die Aufnahme riesiger Darlehen auf dem internationalen Finanzmarkt erzwungen haben. Die Auswirkung der Krise auf die Ostwirtschaften ist in der Tat sehr tiefgreifend gewesen. Nur die sowjetischen Bodenschätze - vor allem Öl und Gold - haben verhindert, daß die Krise dort nicht schlimmer war. Jede Untersuchung dieser Gesellschaften muß die jeweilige Dynamik und Form der Krise erklären können. Ohne den "Staatskapitalismus"-Begriff ist eine solche Erklärung kaum möglich.

Das wichtige ist, daß die Planer überhaupt keine Kontrolle über die internen wirtschaftlichen Einrichtungen noch über ihre Dynamik haben, was natürlich wieder zurück in die anarchische innere Struktur führt. In dieser Hinsicht sind sie in der selben Lage wie die privaten Kapitalisten im Westen. Hierin liegt die Erklärung für die konjunkturellen Schwankungen, die bekannte Lücke zwischen Planziel und tatsächlichen Errungenschaften.<sup>29</sup> Die begrenzten Möglichkeiten der Planer sind nicht nur auf "die inneren sozialen Vorgänge" beschränkt. Diese Tatsache haben die sowjetischen Theoretiker schneller erkannt als die "Besonderheits"-Theoretiker.<sup>30</sup>

Zusammen mit den konjunkturellen Schwankungen sieht man einen langfristigen Rückgang der Wachstumsrate. Die Erklärung dieser beiden verbundenen Erscheinungen findet man darin, daß die Planer auch keine Kontrolle über Investitionen und

<sup>27</sup> I. Deutscher: "Stalin", London 66, S. 232.

<sup>28</sup> T. Cliff: "Staatskapitalismus in Rußland". Vgl. auch: M. Haynes: "The Resurrection of Bukharin." International Socialism 2:2.

<sup>29</sup> Vgl. K. Fitzlyon: "Plan and prediction." Soviet Studies 1970. Band 21, Nr. 2.

<sup>30</sup> Vgl. V.p.Schredov: "Economika i pravo", 1967, and: M. Lewin: "Political Undercurrents in Soviet Economic Debates", Pluto 1975. Kap. 8.

Ausbeutungsrate haben. Je enger diese Gesellschaften sich in die Weltwirtschaft eingliedern, je genauer folgt ihr Konjunkturhythmus dem der Weltwirtschaft. Es gibt eine ausführliche Literatur über diese Schwankungen, die Marxisten, die sich mit diesen Wirtschaften beschäftigen, anscheinend übersehen haben - Rakowski ausgenommen.<sup>31</sup> Sie haben sie übersehen, weil sie eine Funktion der Dynamik dieser Gesellschaften sind: Zwar sind sie keine einfache Widerspiegelung des klassischen Geschäftszyklus, sondern werden über die verschiedenen ökonomischen, politischen und sozialen Einrichtungen und Strukturen vermittelt. Diese zu verstehen, setzt aber Klarheit über die Dynamik dieser Gesellschaften voraus, und die fehlt bei den "Besonderheits"-Theoretikern. Der erste und einzige marxistische Versuch, diese Schwankungen zu untersuchen, scheint der von Chris Harman zu sein, der 1976 im 'International Socialism Journal' veröffentlicht wurde<sup>32</sup>.

Noch bedeutender als die Zyklustendenzen ist die Wachstumsrate selbst. Genaue Wachstumswahlen sind schwer zu bewerten. Sowjetische Zahlen sind schwer durchschaubar und übertreiben in den meisten Fällen. Westliche Zahlen haben häufig unterschiedliche Ziele und Voraussetzungen. Immerhin, egal welche Statistik benutzt wird, sie führt zum selben Schluß: ein deutliches und ständiges Sinken der Wachstumsrate in den meisten osteuropäischen Wirtschaften.

<b>Wachstumsrate</b>	<b>1950/55</b>	<b>1955/60</b>	<b>1960/65</b>	<b>1965/70</b>
UdSSR	11,3%	8,2%	6,3%	4,0%
Tschechoslowakei	8,0%	7,1%	1,8%	3,4 %
Polen	8,6%	6,6%	5,9%	6,7 %
Bulgarien	12,2%	9,7%	6,5%	4,5 %

Quellen:

C. Harman. "Buraucracy and Revolution in Eastern Europe". London 74. S. 255<sup>33</sup>

A. Grossman: "Problems of Communism", März 76.<sup>34</sup>

A. Zauberman: "The Eastern European Economies, Problems of Communism", März/April 78. S.57-61

Mit Polen als teilweiser Ausnahme (hier konnte Wachstum durch Integration in den westlichen Finanzmarkt aufrechterhalten werden) sieht man stetigen Rückgang.

Dieser Rückgang ist für das Sinken der Profitrate symptomatisch. Dies ist eine grundsätzlichere Schwäche im System, da es in einer Zeit stattgefunden hat, als Investitionen zunahmen. Zwischen 1950 und 1955 bestanden 70% sowjetischer Produktion aus Produktionsgütern. Bis 1970/75 war der Bestandteil auf 75% gestiegen und nur 25% bestanden also aus Konsumgüter. Entsprechende Zahlen für Polen sind 55% (1955) und 65% (1965) und für Tschechoslowakei 55% und 61% des Sozialprodukt als Anteil des festen und variablen Kapitals am Anfang des Jahres.<sup>35</sup>

Bis vor kurzer Zeit hatte die UdSSR noch einen Bevölkerungsüberschuß auf dem Land, damit es zwischen 1950 und 1970 noch möglich war, die städtischen Arbeitskräfte jährlich mit 4% zu vermehren. Das heißt, daß eine Wachstumsrate von mindestens 4% gesichert war, auch wenn die Arbeitsproduktivität stillstehen sollte. Heute wachsen aber die Arbeitskräfte in den Städten mit weniger als 1% und die Frage der Produktivitätserhöhung wird kritisch.

<sup>31</sup> Vgl. R. Hutchings: "Periodio Fluctuations in Soviet Industrial Growth Rates." Soviet Studies, Jan.1969 sowie: "Fluctuations and Interactions in Estimates of Soviet Budget Expenditure." Ost-Europa Wirtschaft, 1973, Nr. 1.

<sup>32</sup> C. Harman: "Poland: the Crisis of State Capitalism." International Socialism 1:93. 1976.

Andreas Berlin: "Der Streik der polnischen Arbeiter." SAG-Klassenkampf 8, 1980

<sup>33</sup> C. Harman. Bureaucracy and Revolution in Eastern Europe. S. 256.

<sup>34</sup> Grossman: "Problems of Communism", März 76.

<sup>35</sup> A.K. Zauberman. "The Eastern European Economies" Problems of Communism. März/Apr. 78.

Wie kritisch zeigt heute die Tatsache, daß die Ostwirtschaften Wachstumsraten haben, die im großen und ganzen den westlichen ähneln. Dazu brauchen sie aber ein Investitionsniveau, das doppelt so hoch wie das westliche ist. Die Profitrate ist also 50% der westlichen.

Die Russen haben selbst Zahlen veröffentlicht, die zeigen, wie schnell die Profitrate in den 12 Jahren 1960-72 gesunken ist. Dazu haben sie die zwei folgenden Indikatoren benutzt: Indikator I - Sozialprodukt als Anteil des festen Kapitals am Anfang des Jahres; Indikator II - Sozialprodukt als Anteil des festen und variablen Kapitals am Anfang des Jahres.

### UdSSR: Sinken der Profitrate 1960 - 1972

	1960	1964	1968	1972
Indikator I	83,2%	71,3%	67,2%	62,9%
Indikator II	60,4%	52,1%	49,4%	46,6%

(Quelle: T. Khachaturov. "Problems of Economics", XVI.5, 1973. S. 9.)

Die Ostwirtschaften hatten keine Wahl, sie müssen ihre Arbeitsproduktivität verbessern, um mit dem Westen zu konkurrieren. Ihre Führer sind in der Tat von dem Problem besessen. Und alle Zeichen belegen, daß sie völlig versagt haben. Trotz der riesigen Summen, die für Investitionen aufgebracht worden sind, trotz gutausgebildeten Arbeitskräften, wächst ständig die Lücke zwischen dem östlichen und westlichen Produktivitätsniveau. Vor 25 Jahren sagte Chruschtschow großsprecherisch, daß »wir den amerikanischen Kapitalismus begraben werden«. Tatsächlich hat der amerikanische Kapitalismus seit damals Niederlagen einstecken müssen, die Sieger befinden sich aber in Frankfurt am Main und in Tokio, nicht in Moskau.

Das osteuropäische Land mit der höchsten Produktivität ist die DDR. Von Anfang an hatte sie eine gute industrielle Basis, die in Wachstumsbranchen wie der Präzisionstechnik konzentriert war. Ihr Produktionswachstum ist darüber hinaus in größerem Maß das Ergebnis von einer wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung gewesen, als es anderswo in Osteuropa, wo Wachstum eher direkt von der Kapitalgröße abhängig gewesen ist, der Fall war. Wenn man jedoch diesen osteuropäischen Schrittmacher mit einem westlichen Schrittmacher wie der BRD vergleicht, kommt die grundsätzliche Schwäche wieder ans Licht. 1967 war die Industrieproduktion pro Arbeiter in der DDR 72% der Produktion pro Arbeiter in der BRD. 1976 war sie auf 65% gefallen. In der Landwirtschaft ist die Lage noch ungünstiger für den Osten: 92% im Jahre 1967, 61% in 1976.<sup>36</sup>

Wegen der wachsenden Technologielücke sind alle osteuropäischen Länder (und übrigens auch China) immer abhängiger von eingeführter Technologie aus dem Westen geworden, was sicherlich die wirtschaftliche Erklärung der Entspannungsperiode seit Mitte der 70er Jahre war. Selbst die UdSSR, die wegen ihrer Größe besser in der Lage wäre, dem zu widerstehen ist, importierte 1975 700% mehr als 1970 - vor allem Präzisionsinstrumente und -werkzeuge aus der BRD. Dadurch wurden aber ihre Produktionsprobleme nicht gelöst.

Die übrigen Ostländer mußten sich in größerem Maße in die Weltwirtschaft integrieren lassen und wurden folglich von der Weltkrise 1974/5 stärker betroffen. (Die gegenwärtige Rezession wird eine ähnliche Wirkung haben.) Polen z.B. hatte wegen seiner Integration in der Weltwirtschaft eine relativ gute Wachstumsrate. 1970-71 gewannen die Arbeiter durch Streiks und Aufstände einen höheren Lebensstandard. Um den zu finanzieren, führten die polnischen Wirtschaftsführer einen verstärkten Handel mit dem Westen ein, der 1971-73

---

<sup>36</sup> A. Zauberman. S.57-1

einen kurzen aber raschen Aufschwung erlebte. Importe wurden 1970-3 verdreifacht und schon 1975 bestanden nur 45% des polnischen Außenhandels aus Geschäften mit anderen Ostländern. Es folgte die Rezession. Exporte stürzten, Importkosten stiegen in die Höhe. Polens Verschuldung gegenüber dem Westen stieg bis 1975 auf 7 Milliarden \$, die Gesamtverschuldung der osteuropäischen Länder auf 20 Milliarden \$. Nur um seine Schulden zu finanzieren, mußte Polen dann ein Viertel seiner Exporterlöse verwenden.<sup>37</sup>

Ungarn ist vielleicht noch weiter in Richtung Integration mit dem Westen fortgeschritten. 50% seines Bruttosozialproduktes wird durch Außenhandel erzeugt, von dem wiederum die Hälfte Geschäfte mit dem Westen ist. Außer Finanz- und Kreditkontrollen hat die Regierung alle Kontrollen über Unternehmen abgebaut und ist jetzt dabei, Importsubsidien abzuschaffen. Folglich wird die Inflation, die Ende der 70er Jahre 4% betrug, 1980 voraussichtlich auf 10% steigen. Die Regierung hat sich sogar für Massenentlassungen ausgesprochen, also die Schaffung einer Reserve-Armee der Arbeitslosen, um Kosten zu vermindern und die "Flexibilität" zu verbessern. Die Zentralbank ist ihrerseits für die freie Umsetzbarkeit des Forints und es ist möglich, daß Ungarn sich dem IWF anschließen wird. Ungarn hat darüber hinaus vor, eine größere Rolle in der Welt des Finanzkapitals zu spielen. Ausländische Mehrheitsteilnahme an ungarischen Projekten wird erlaubt und in Verbindung mit US-Tungstram hat der ungarische Staat Fabriken in den USA errichtet. Er nimmt weiterhin an Projekten in Brasilien, Indien, Griechenland und Algerien teil. Vor allem in der Textilien- und Schuhwarenindustrien, wo Hungerslöhne gute Profite ergeben. Zur Zeit verhandelt er mit der Kreditanstalt (& Manufacturers) Hannover Trust über die Errichtung einer spekulativen (off-shore hard currency institution) Sein \$1 Milliarden Defizit 1978 - vom Westen finanziert - verhindert einen Rückzug aus dem Weltfinanzmarkt. Der US-Kongreß hat Ungarn den "most favored nation"-Status eingeräumt, d.h. Ungarn wird als besonders kreditwürdig betrachtet!<sup>38</sup>

So gesehen scheint die Lösung »*Kapitalismus im Osten könne nur durch eine richtige [Konter]revolution wiederhergestellt werden*«<sup>39</sup> bestenfalls nicht auf der Höhe der Zeit zu sein. Der Hoch-Tief-Zyklus, die langfristige wirtschaftliche Stockung mit niedriger Produktivität, die Notwendigkeit der Exporterlöse, um die hochentwickelte Technologie zu bezahlen, ohne die die Produktivität nicht erhöht werden kann; all das hat verhindert, daß die Ostländer selbstständige Inseln in einen kapitalistischen Weltwirtschaftssystem werden, einem System, in dem wie gesehen Voll- oder Teilstaatskapitalien eine immer größere Rolle spielen.

## **Die allgemeine und die spezifische Krise des Staatskapitalismus.**

Trotzdem gibt es einige besondere Wirkungen der Krise in staatskapitalistischen Ländern, die man nicht übersehen sollte. Sie sind zweier Arten, die eine ist Ausdruck der allgemeinen Krise des Staatskapitalismus, die zweite ist eher Ausdruck der spezifischen Krise des "autarkistischen" Staatskapitalismus nach sowjetischem Muster. Die erste findet auch Ausdruck in den westlichen Staatskapitalien, die zweite ist eher eine Seltenheit im Westen.

Die allgemeine Krise des Staatskapitalismus kann nur im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft verstanden werden. Die Beschaffenheit der Weltwirtschaft ihrerseits wurde durch das Wirken der einzelnen Staatskapitalien bestimmt. Was das zu bedeuten hat, kann man am besten sehen, wenn man die gegenwärtige Krise mit der klassischen Krise des

---

<sup>37</sup> C. Harman: 'International Socialism' 1:93.

<sup>38</sup> B. Caplan: "Hungary tests the Market." Banker, Juni 79.

<sup>39</sup> Fantham & Machover. S.9.

"laissez-faire"-Kapitalismus vergleicht. In beiden Fällen findet man die grundlegende Ursache der Krise im langfristigen Sinken der Profitrate. Beim "laissez-faire"-Kapitalismus sinkt damit die Nachfrage, fängt folglich die Überproduktion an, hören Investitionen auf und stürzen schließlich die Kapitalwerte. Die schwächeren Kapitaleinheiten werden bankrott und von den stärkeren Einheiten aufgenommen. Mit Gegnern, die durch den Bankrott aus dem Wettbewerb ausgeschieden sind, und mit niedrigeren Kapitalwerten steigt die Profitrate für die überlebenden Kapitaleinheiten wieder. Der Zyklus fängt auf einem höheren Niveau wieder an. Die Restrukturierung vom Kapital ermöglicht sein Wiederfunktionieren.

In der Epoche des Staatskapitalismus ist es nicht mehr so. Obwohl es für das Weltsystem insgesamt vorteilhaft sein dürfte, wenn irgendein Staatskapitalismus bankrott würde, ist die betroffene Staatskapitaleinheit damit nicht gefallen. Der moderne kapitalistische Staat wird immer häufiger gezwungen, private Konzerne vor dem Bankrott zu retten, wenn ihr Zusammenbruch die ganze Volkswirtschaft gefährden könnte. In einer zunehmend in Staatskapitalien aufgeteilten Weltwirtschaft hört der Mechanismus auf zu funktionieren, der direkt und zwangsläufig die Überproduktion durch Kapitalrestrukturierung ausschaltet. Je weiter der Staatskapitalbildungsprozeß voran schreitet, je schwerer wird das Problem.<sup>40</sup>

Die Größe des Problems in der UdSSR muß jetzt deutlich sein. Es gibt keinen Mechanismus, der das Kapital umstrukturieren könnte. Entscheidungen über Investitionen werden zentral getroffen und ihre Durchsetzung ist folglich bürokratisch. Deswegen ist es einfacher für die Teile, die umstrukturiert werden sollen, der Umstrukturierung zu widerstehen bzw. sie zu vermeiden. Die Wirtschaft befindet sich in einem Zustand der permanenten Krise. Die Wirtschaft befindet sich unter dem Akkumulationszwang. Es gelingt ihr aber trotzdem nicht, die Gesamtsumme von Gebrauchswerten zu vermehren. Die volle Auswirkung dieses Widerspruchs hat sich in der UdSSR verzögert, weil bis in die 50er Jahre neue Arbeitskräfte leicht zugänglich waren, so daß neue Investitionen immer noch zum primitiven Akkumulationsprozeß beitragen konnten und damit die Produktionsmittel erweitert wurden. Nach einer anfänglichen Verzögerung mußte aber die Erweiterung der Produktionsmittel immer zu einer Erweiterung des Konsums führen. Die Krise wurde also in der UdSSR verschoben, aber nicht aufgehoben. Eine wirtschaftliche Stockung konnte nicht verhindert, sondern nur für einige Zeit verzögert werden, und die Zeit der Verzögerung ist jetzt endgültig vorbei.

Das ist aber alles Ausdruck für die allgemeine Krise des Staatskapitalismus im Osten. Dazu kommt die spezifische Krise der autarkistischen Staatskapitalien wie der UdSSR, die versucht haben, "auf eigenen Beinen" zu stehen. Um die Krise der Autarkie zu verstehen, müssen wir zwei wichtige Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung betrachten: 1) die Konzentration und die Zentralisation vom Kapital führen zu immer größeren Kapitaleinheiten, 2) Die Verflochtenheit der Produktion sowie der Umfang der Massenproduktion führen zu einer immer weiteren Weltarbeitsverteilung. Das erste Problem wird in der UdSSR dadurch gelöst, daß das ganze Kapitalvermögen in der Volkswirtschaft in einer Einheit verschmolzen wird, - aber auf einer autarkistischen Art und Weise: der Inlandsmarkt wird vom Weltmarkt weitmöglichst isoliert und geschützt. D.h., die zahlreichen Bestandteile, die eine moderne Wirtschaft haben muß, müssen alle aus eigenen Mitteln hergestellt werden. Die Kosten dafür sind unnötig hoch, weil der Umfang der Produktion relativ begrenzt ist.

---

<sup>40</sup> Die EWG-Stahlindustrie ist das letzte Beispiel, wo der "natürliche" "Reinigungs"-mechanismus nicht mehr funktioniert.

Die EWG wurde gebildet, um einer solch irrationalen Vervielfältigung der Produktion zu entgegen. Ihre Fürsprecher in den 50er Jahren gingen davon aus, daß Europa nicht konkurrenzfähig gegenüber den USA werden konnte, solange die Märkte und die Arbeitsteilung auf die einzelnen Nationen beschränkt blieben. So wurde der Produktionsrückstand der europäischen Nationen gegenüber der USA immer wieder erklärt. Und was für die EWG galt, gilt zweifellos auch für die heutige sowjetische Wirtschaft. Die osteuropäischen Wirtschaften zusammen verfügen über weniger als 20% der Weltproduktion. In den übrigen 80% ist weiterhin wegen der historischen Entwicklung die Arbeitsteilung wesentlich weiter fortgeschritten und die Produktion erbarmungsloser verflochten worden. Daher kommt der uneinholbare Vorsprung des Westens bei der Produktivität. Dazu kommt die rasche Zentralisation - sowohl im privaten wie im staatlichen Sektor - im Westen. Westliches Kapital hat also nicht nur den Vorteil von Kapitalgröße sondern auch den von verflochtenen Märkten und Produktionen.

Die autarkistische Entwicklung ihrer Vergangenheit verstärkt also die Wirkung der Krise in den Ostländern. Diejenigen wie Polen, Ungarn und Rumänien, die aus der Autarkie ausgebrochen sind, haben sicherlich die besseren Wachstumsraten, dagegen sind sie genauso schwer wie jedes andere kapitalistische Land von der Krise betroffen. Die UdSSR hat selber diese Richtung nicht eingeschlagen. Erstens, hat sie eine größere und diversifiziertere Industriebasis als die anderen und zweitens hat sie genügend Bodenschätze. Die Krise ist trotzdem nicht ausgeblieben. Ihre Wachstumsrate ist geringer als die ihrer weniger selbstständigen Nachbarn. Der Anteil der Produktion, der für Konsumgüter angewendet werden kann, ist außerordentlich klein (20%), obwohl überwältigende Summen für die Akkumulation aufgebracht worden sind, wurde die Vermehrung des Kapitalvermögens 1971-75 doppelt so groß wie die voraussichtliche Vermehrung 1976-80.<sup>41</sup> Das Beibehalten der Autarkie hat die Krise in der UdSSR sogar verschlimmert.

## **Schluß:**

Es können keine glaubwürdige Schlüsse über die Dynamik der Ostwirtschaften gezogen werden, ohne die Anwendung der "Staatskapitalismus"-Theorie; am allerwenigsten von der inhaltslosen empirischen Soziologie der "osteuropäische Besonderheiten"-Theoretiker.

Aber es geht eigentlich nicht in erster Linie um Osteuropa. Wenn das der Fall wäre, wären die Fehler dieser modernen "bürokratischer Kollektivismus"-Theoretiker nicht so ernst zu nehmen. Denn ihre Theorien haben nicht verhindert, daß sie die kämpfenden Arbeiter in jenen Ländern unterstützen. Sie sind ebenfalls ihrem Wegweiser Schachtman nicht gefolgt, der solche Theorien benützt hat, um den amerikanischen Imperialismus, zu unterstützen. Warum bemühen wir uns dann, zu beweisen, daß sie Unrecht haben ?

Weil es Auswirkungen auf unsere Analyse und Strategie im Westen hat. Denn bleiben die neuen Schachtmans unkritisiert, werden die neuen Hilferdinge vortreten und mit tadelloser Logik zeigen, daß nach der selben Beweisführung der Westen unmöglich noch kapitalistisch sein kann. So verschwindet die ganze Perspektive der proletarischen Revolution.

Das ist keine Spinnerei, das ist schon im Gang. z.B. beim akademischen Marxismus von Hindness und Hirst, mit dem Alex Callinicos sich in International Socialism 22 auseinandersetzt.<sup>42</sup> Die "Staatskapitalismus"-Theorie ist letztendlich eine Waffe gegen Reformismus im Westen.

---

<sup>41</sup> Vgl. L. Rostas: "Comparative Productivity in British and American Industry", 1948.

<sup>42</sup> Bekanntere Beispiele dieser Tendenz sind Bahro und Havemann.

## **Anhang: Zwei Bemerkungen zu Werten und den kapitalistischen Gesetzen.**

Wir wollen hier beweisen, daß 1). Mehrwert entsteht, auch wenn die Arbeit, die den erzeugt, keine Ware, d.h. keine Lohnarbeit ist und 2). Mehrwert in einem Vollstaatskapitalismus wie der UdSSR erzeugt werden kann und tatsächlich wird.

1). Lohnarbeit besteht aus zwei Bestandteilen, die man von einander trennen muß, nämlich die Schaffung von Überschüssen und ihre Verwertung in der Form von Mehrwert. Der erste ist die materielle Grundlage, worauf alle Klassengesellschaften bauen, ist an und für sich für eine kapitalistische Gesellschaft nicht bestimmend. Arbeitskraft als variables Kapital kann nur variabel sein, durch ihre technische Fähigkeit zu überleben und sich zu reproduzieren, auf der Basis eines Warenkonsums, wobei die notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der Waren kürzer ist, als die tatsächliche Arbeitszeit.

Das ist Lohnarbeit in ihrer materiellen Form: daß sie als Kapital variabel (selbstvermehrend) sein kann. Da sie als eine Ware auf dem Markt gekauft werden kann, hat sie aber auch eine Wertform. Erst wenn die beiden zusammen in Erscheinung treten - d.h. wenn der Kapitalist seine Ware "Arbeitskraft" kauft und dann sie für ihn arbeiten läßt - dann erscheint der Überschuß als Mehrwert.

Die Produktion und die Verwertung müssen aber nicht gleichzeitig erscheinen, um Mehrwert zu erzeugen. Sie sind nicht nur logisch trennbar, sondern auch zeitlich und räumlich. Das kann man durch mehrere historische Beispiele beweisen. Wir haben schon erwähnt, daß zwei Produktionsweisen - amerikanische Sklaverei im 19. Jahrhundert und russische Leibeigenschaft im 18. Jahrhundert - kapitalistisch und mehrwertserzeugend waren, worüber Marx nie Zweifel hatte. Die Veräußerung der Baumwolle bzw. des Weizens in kapitalistischem England bedeutete, daß auch der Sklavenbesitzer bzw. der Leibeigene die Summe der Überschußprodukte vergrößerte. Diese Produkte standen nur denjenigen zur Verfügung, die die Mittel hatten, sie zu kaufen. Durch diesen Tausch wurden die Produkte im Bezug auf allen anderen Waren verwertet. Überschußproduktion wurde zu Mehrwert und ihre Besitzer zu Kapitalisten, die Arbeiter, die sie herstellten, würden aber damit nicht Lohnarbeiter.

Diese Schlußfolgerung ist nicht nur von uns, sie ist von Marx. Warum machte er denn nicht diese analytische rigorose Trennung dieser beiden Bestandteile bei Lohnarbeit im Kapital? Aus zwei Gründen: Erstens, weil er - mit Recht - dachte, daß sowohl Sklaverei wie Leibeigenschaft sich als unpraktische und ineffiziente Quellen für Mehrwert erwiesen und schneller auf dem Müllhaufen der Geschichte landen würden.

Zweitens und was vielleicht wichtiger ist, daß Marx nur diejenigen Faktoren ("Bestimmungen" in der Sprache der Grundrisse) zu erklären versuchte, die für eine revolutionäre Theorie und Politik notwendig wären. Dabei folgt er einer bestimmten Reihenfolge. Im Band 1 des Kapitals z.B. beschäftigt er sich nur mit der kapitalistischen Produktion und nur in einer allgemeinen Form. Probleme über Verteilung und Tausch zwischen verschiedenen Kapitalien läßt er bei Seite. Sie werden erst in den Bänden 2 und 3 wieder aufgenommen. Einfachheitshalber stellt er nicht in Frage, ob Produktion und Verwertung gleich sind. Im Band 3, wie in unserem Abschnitt "Methodologie" erwiesen, zeigt er, wie die Begriffe klar getrennt sind und wie, während die Produktion von Mehrwerten von der Arbeitszeit direkt abhängig ist, ihre Verwertung in der Form von Profiten stattfindet, die ihrerseits vom Kapitalvermögen des Kapitalisten abhängig sind.

Jetzt muß es klar sein, warum Marx den Begriff "Lohnarbeit" auf diese Weise behandelt. Im Band 1 interessiert er sich für Lohnarbeit (und für Kapital überhaupt) nur in Bezug auf Produktion und hier ist folglich die Produktionsquelle für den Mehrwert interessant. Im

Band 3, auch wenn es Quellen für Mehrwert außer Lohnarbeit geben kann, haben diese keine neue unterschiedliche Auswirkung auf die Verteilung des Mehrwerts. Sie haben also nicht die Auswirkung, die die Einführung von "mehreren Kapitalien" hat. Deswegen verdienen sie nicht eine besondere Handlung sowie die Begriffsentwicklung, die sie mit sich führen würden.

2). Daß es in der UdSSR nur einen Arbeitgeber, nämlich den Staat gibt, wollen wir nicht bestreiten. Aus dem Grund werden Arbeitskräfte durch ihren Kauf und Verkauf nicht zu einer Ware. Sie ist also nicht Lohnarbeit im marxistischen Sinne des Wortes. Wie bei den Sklaven in den Südstaaten erscheinen die Überschüsse, die russische Arbeiter produzieren, nicht unmittelbar als Mehrwert. Das werden sie erst durch einen äußerlichen Verwertungsprozeß. Es ist nicht wie beim klassischen "laissez-faire"-Kapitalismus, wo die Außenwelt - der Weltmarkt - Werte realisiert, die schon existieren, da der Kapitalist sich schon auf dem freien Markt Arbeitskräfte und Produktionsmittel angeeignet hat.

Wie bei der kapitalistischen Plantagensklaverei zur Zeit Marx, braucht der heutige Staatskapitalismus einen äußerlichen Verwertungsprozeß, bevor er in eine Form von Kapitalismus verwandelt wird. Wenn Bettelheim und andere Theoretiker der kapitalistischen Restaurierung das nicht verstehen, sind sie nicht in der Lage das Wesen des Kapitalismus völlig zu verstehen. Für die kapitalistische Sklaverei war die Form dieser äußerlichen Verwertung ganz einfach der Markt. Die Baumwolle wurde auf dem Markt in Lancashire oder New England veräußert und dabei wurden die sklavenproduzierten Überschüsse verwertet. In Fällen wie die UdSSR und ähnlichen Vollstaatskapitalismen nimmt aber der Weltmarkt nur einen Teil ihrer Produkte auf. Wie denn werden die Überschüsse verwertet ?

Zunächst müssen wir uns im klaren darüber sein, was "Verwertung" eigentlich bedeutet. Verwertung ist das Verfahren, wodurch die verschiedenen qualitativ unterschiedlichen Arbeitstätigkeiten zu verschiedenen Quantitäten ihres gemeinsamen Inhalts - Arbeitszeit - zurückgeführt werden. So haben wir ein Meßinstrument - das, was Marx als abstrakte allgemeine Arbeit bezeichnet - um Werte zu bewerten. Das ist aber nicht nur ein Meßinstrument, daß ist ein wirkliches Verfahren, wodurch die Arbeitsprodukte ihre Produzenten auf einer bestimmten Weise sozialisieren. Es geschieht durch Wettbewerb, die gegenseitige Gegenüberstellung von Arbeitsprodukten. Es geschieht also, wenn Arbeitsprodukte irgendwie einander gegenüber gestellt werden.

Bei Preiskonkurrenz kann man zwischen einem vorkapitalistischen, einem klassischen ("laissez-faire")-kapitalistischen und einem monopolkapitalistischen Markt unterscheiden. Nur im ersten Fall findet eine Verwertung statt, wobei Preis und Marktwert gleich sind. Nur bei kapitalistischer Konkurrenz ist aber das System von seiner Fähigkeit, lebendige Mehrwerte zu erzeugen, abhängig, sowie von den Beschränkungen, die eben seine Erfolge in der Vergangenheit, Mehrwerte zu erzeugen, mit sich bringen.

Soll also Verwertung in der UdSSR GmbH stattfinden, muß es eben auch der Fall sein, daß sowjetische Arbeitsprodukte denjenigen ihrer Gegner gegenüber gestellt werden. Sonst bleibt Arbeit materiell und spezifisch nicht abstrakt und allgemein.

Und soll diese Verwertung kapitalistisch sein, muß es der Fall sein, daß die Volkswirtschaft letztendlich durch die lebendigen und toten Mehrwerte, die sie erzeugt hat, beherrscht wird.

Daß diese beiden Voraussetzungen heute in der UdSSR existieren, haben wir bewiesen. Die Form des Wettbewerbs ist nicht in erster Reihe eine Preiskonkurrenz, sondern eine strategische und militärische. Die Arbeitsprodukte, die einander gegenüber gestellt werden müssen, sind nicht Tauschwaren, sondern Waffen. Die ganze Volkswirtschaft ist der

Rüstung untergeordnet. Die Unterordnung der Wirtschaft unter den Rüstungssektor erzwingt die Herrschaft der Mehrwertkategorie im ganzen System und ruft die unbestreitbaren Krisenzeichen hervor, die wir oben erörtert haben.

